

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen

Interview der „UZ“ mit dem Sekretär für Agitation und Propaganda der FDJ-Kreisleitung der TU Dresden, Genossen Dr. Rudolf Jenak

Frage:
Wie wir aus der „Jungen Welt“ vom 19. August 1966 entnehmen, führt die FDJ in diesem Jahr wieder ein Schulungssystem für ihre Mitglieder ein. Könnten wir darüber Näheres erfahren?

Antwort:
Es gibt einen Beschluß des Zentralrates der FDJ vom 10. Mai dieses Jahres, in dem ein differenziertes System von Zirkeln und Kolloquien für die Schulung der Mitglieder und Funktionäre der FDJ festgelegt ist. Im Bereich der Kreisorganisation der TU Dresden werden auf Grund dieses Beschlusses in allen FDJ-Gruppen des 1., 2., 3. und 4. Studienjahres Zirkel „Junger Sozialisten“ gebildet. In diesen Zirkeln wird in einem Zeitraum von drei Jahren die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung studiert. Beginnen werden wir mit dem Studium des Bandes 6, in dem der Zeitraum von 1945 bis 1949 behandelt ist.

Frage:
Weshalb beginnt das neue FDJ-Schuljahr seinen Zyklus mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und warum wird das Studium der Geschichte gerade mit dem Abschnitt 1945 bis 1949 begonnen?

Antwort:
Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Wir stellen bei unserer ideologischen und erzieherischen Tätigkeit unter unserer studentischen Jugend seit langem fest, daß aus ganz natürlichen Ursachen heraus die Beziehungen zur Geschichte der letzten Jahrzehnte, besonders der ersten zehn Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus, schwächer werden. Niemand kann dem einzelnen Studenten, der vor zwanzig Jahren geboren wurde, einen Vorwurf daraus machen, daß er als Kind noch keine bewußte Beziehung zu den damaligen revolutionären Verkündigungen auf dem Gebiet der heutigen DDR besaß. Heute aber kommt es für die Bestimmung des politischen Standortes eines jeden Jugendlichen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates, besonders aber der künftigen sozialistischen Leiter in Wissenschaft und Wirtschaft, entscheidend darauf an, den Inhalt und die Ergebnisse der damals unter der Führung der Partei der deutschen Arbeiterklasse vollzogenen geschichtlichen Wende kennen- und begreifen zu lernen. Die Zirkel junger Sozialisten sollen dazu beitragen. Unsere Studenten sollen erfahren, daß die heutige Politik unseres sozialistischen Staates nur aus der geschichtlichen Entwicklung seit 1945 begriffen werden kann, weil in den Jahren von 1945 bis 1949 alle grundsätzlichen Entscheidungen über den Weg Deutschlands fielen. Beispielsweise ist unseres Erachtens

ein sachkundiges Urteil über die nationale Frage in Deutschland und den Weg zu ihrer Lösung nicht möglich, wenn die Klassenauseinandersetzungen in der damaligen Ostzone und in den Westzonen in ihrem Verlauf und Ergebnis nicht berücksichtigt werden. Wenn wir uns vornehmen, unsere Jugend zu bewußten Bürgern der DDR zu erziehen, wenn wir sie zu Verfechtern des Klassenstandpunktes der Arbeiterklasse formen wollen, müssen wir sie eingehend damit vertraut machen, wie die Arbeiterklasse mit Erfolg die größte Umwälzung in der Geschichte Deutschlands in Angriff nahm und fortführte.

Frage:
Welche organisatorischen Aufgaben ergeben sich daraus für die Grundorganisationen der FDJ an unserer Technischen Universität?

Antwort:
Zunächst möchten wir mit einigen Zahlen auf die Größe der vor uns stehenden Aufgabe aufmerksam machen.

Etwa 7.500 Mitglieder der FDJ werden in rund 380 Zirkeln junger Sozialisten das Studium der Geschichte aufnehmen. Es sind demnach 380 Zirkelleiter zu gewinnen. Diese Aufgabe kann nur mit Hilfe der Parteiorganisation an der TU gelöst werden. Durch die Unterstützung der Universitätsparteileitung stehen uns erfahrene Genossen aus dem Lehrkörper, aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs, Genossen des Instituts für Marxismus-Leninismus sowie eine große Zahl von Genossen des Industrie-Instituts als Zirkelleiter zur Verfügung.

In den Leitungen der Grundorganisationen der FDJ sowie in den Fachrichtungsleitungen bis in die letzte FDJ-Gruppe hinein ist zu beraten und festzulegen, wie in den monatlichen Zirkelabenden bei größtmöglicher Teilnahme ein hohes Niveau der Studienarbeit erreicht werden kann. Dazu gehört ein gutes Selbststudium, eine qualifizierte Mitarbeit aller sowie die Auseinandersetzung mit jenen Freunden, die ungenügend zur Klärung der im Zirkel aufgeworfenen Fragen beitragen.

Die Leitungen in allen Ebenen unserer Kreisorganisation werden regelmäßig über die Ergebnisse des FDJ-Schuljahres beraten und erforderliche Verbesserungen einleiten.

Ohne Zweifel stellt die organisatorische Sicherung des FDJ-Schuljahres an die gewählten Funktionäre unseres Verbandes hohe Anforderungen. Wir nehmen diese Aufgaben jedoch gern auf uns, da mit diesem neuen Schulungssystem uns ein Mittel in die

Hand gegeben ist, auf längere Sicht in bedeutendem Maße das sozialistische Bewußtsein zu fördern und stolz auf unseren sozialistischen Staat zu entwickeln.

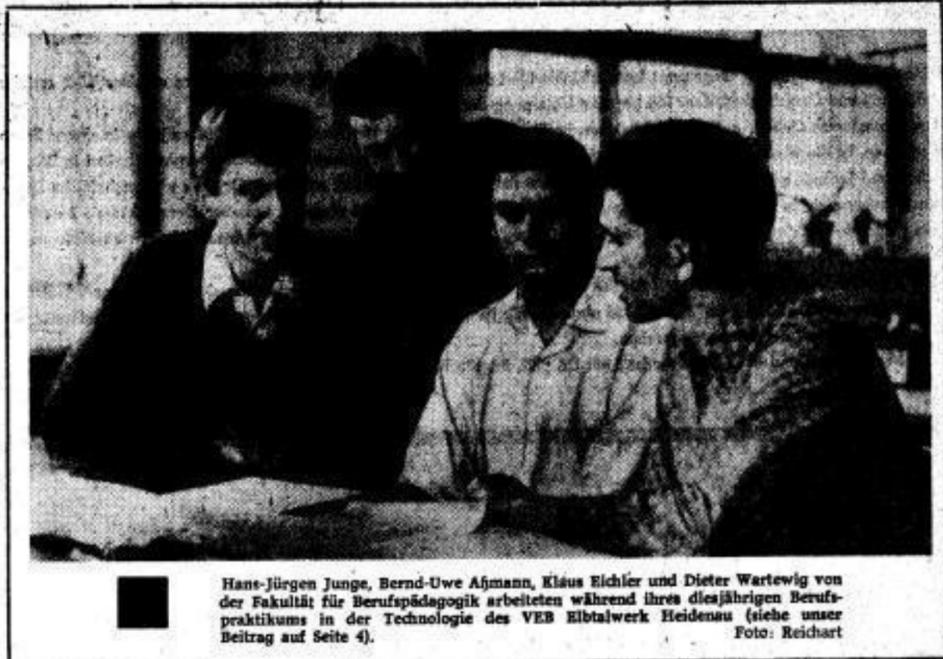
Frage:
Welche Themen werden behandelt, und wie ist die Bemerkung „auf längere Sicht“ zu verstehen?

Antwort:
Ich sagte schon anfangs, daß wir die Zirkelarbeit mit dem Studium des Bandes 6 der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beginnen werden. Im Herbst 1967 setzen wir dies mit dem Studium des Bandes 7 fort, um 1968/69 den Zyklus mit dem Studium des Bandes 8 zu beenden. Möglicherweise werden sich daran Kolloquien zu Einzelfragen der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis anschließen.

Im bevorstehenden Schulungsjahr, das am 1. November 1966 mit einer Propagandistenkonferenz eröffnet wird, werden insgesamt acht Zirkelabende durchgeführt. Im Juni 1967 wäre der erste Abschnitt des Schulungszyklus beendet.

Bezüglich der Themen ist folgendes zu sagen: Wir behandeln die allgemeinen im Beschluß des Zentralrates der FDJ vorgegebenen Themen über die „Aktivisten der ersten Stunde“, über die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Gründung der SED, über das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und den anderen Schichten, über die imperialistischen Besitzverhältnisse und die innere Reaktion in Westdeutschland, die zur Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland beitragen, über den Kampf der SED für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, über die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus, nicht allein als historische Tatsachen, von denen man Kenntnis haben muß. Unser Anliegen ist es, die Kontinuität der Politik der SED deutlich zu machen. Dabei legen wir starkes Gewicht darauf, den aktuellen Bezug der historischen Ereignisse herauszuarbeiten. Auch dies führt zu besserem Verständnis der Politik der Partei in der Gegenwart. Geschichte ist ja bekanntlich Politik der Vergangenheit. Aber diese Vergangenheit ist mit unserer Gegenwart und Zukunft fest verbunden. Ihre Kenntnis, ihr Verständnis erschließt uns in höherem Maße aktives, bewußtes Mitgestalten an unserem künftigen einheitlichen sozialistischen Deutschland.

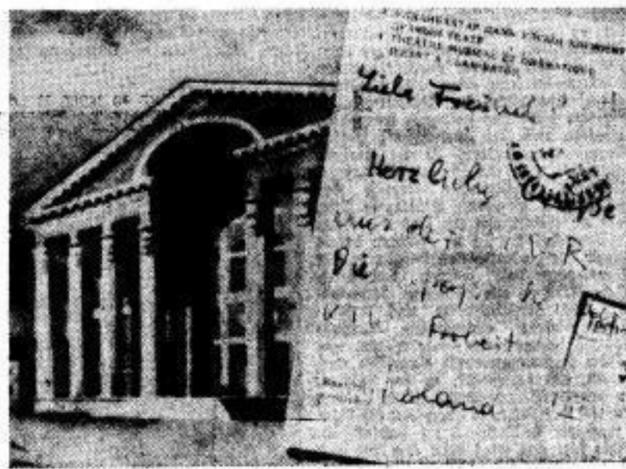
Frage:
Ergeben sich nicht Überschneidungen mit der Behandlung der Geschichte der



Hans-Jürgen Junge, Bernd-Uwe Ahmann, Klaus Eichler und Dieter Wartewig von der Fakultät für Berufspädagogik arbeiten während ihres diesjährigen Berufspraktikums in der Technologie des VEB Eibtalwerk Heidenau (siehe unser Beitrag auf Seite 4). Foto: Reichart

deutschen Arbeiterbewegung durch das Institut für Marxismus-Leninismus im Grundstudium?

Antwort:
Diese Befürchtung hatten wir anfangs auch. Ein genauerer Vergleich des Lehrplanes Geschichte des Instituts mit den Zirkelthemen ergab, daß durch Abstimmung eine Überschneidung zu vermeiden ist. Die Genossen des Instituts, die ohnehin an der wissenschaftlich fundierten Anleitung der Zirkelleiter starken Anteil nehmen werden, behandeln künftig den Abschnitt 1945 bis 1949 in einer zweistündigen Übersichtsvorlesung, während den Zirkeln dafür insgesamt sechzehn Stunden zur Verfügung stehen. An der Fakultät für Ingenieurökonomie wird mit Zustimmung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen versuchsweise die Behandlung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nur bis 1945 fortgeführt, während die Periode bis zur Gegenwart in den nächsten Jahren vollständig im Rahmen des FDJ-Schulungssystems behandelt wird.



Ulan-Bator 66

Die FDJ-Studenten-Brigade „Ulan Bator 66“ ist beim Bau der Berufsschule des Industriekombinates von Ulan Bator eingesetzt. In der „Jungen Welt“ vom 2. September 1966 berichteten Sonderkorrespondenten von diesem Einsatz. Hier ein Auszug:

„11.40 Uhr. In einem der späteren Klassenzimmer stehen ‚Hacky‘ – Dieter Reinhardt, Student der Technischen Universität Dresden – und Michael Weber, Mathematikstudent aus Berlin, auf dem Gerüst. Nur ‚Hacky‘ ist Maurer. ‚Hacky‘ wirft den Mörtel mit elegantem Schwung an die rohe Wand. Dann die nächste Kelle. Jeder Wurf ein Treffer. Der Mörtel klebt an der richtigen Stelle. Und der Nichtfachmann, der noch nie in seinem Leben vorher vor der Aufgabe gestanden hat, eine rohe Wand so mit ‚Masse‘ zu schmücken, daß sie einen glatten und schönen Teint hat, übertrifft sich selbst. Sein Reibebrett gleitet über die Wand, läßt keine Vertiefung und keine Erhöhung zu.“

„15.15 Uhr. Auf dem Dach ist Unruhe. Es kommen keine Balken mehr. Die Arbeit droht zu stocken. Jemand poltert die Bretterstiegen herab. Er läuft zum Kran, schwingt sich aufs Trittbrett. ‚Jura, könntest du nicht...‘ Er deutet auf die Balken, dann auf das Dach. Der sowjetische Kranführer lächelt und hebt die Schultern. Dann zeigt er auf die mit Mörtel gefüllten Wannen, die ebenfalls befördert werden müssen. Ekkart Arbeit, der DHFK-Student aus Leipzig und Gruppenführer der Brigade, schüttele energisch den Kopf. ‚Jura, die Balken...‘ Ja, ja. Jura hat schnell verstanden; schwenkt den Arm des Krans. Die Balken werden befestigt, schweben empor. Ekkart ist schon wieder oben, hilft die Balken von den Kranseilen lösen.“

Grüß aus Ulan-Bator an die Mitarbeiter des Komitees für Touristik und Wandern

Akademische Freiheit im Würgegriff der Monopole (6, Teil I)

Zur Freiheit der Forschung in Westdeutschland

Von Dr. Berthold Knauer, Institut für Maschinenelemente

Kaum ein Begriff der deutschen Sprache wird im westdeutschen Sprachgebrauch so oft strapaziert und mißbraucht wie das Wort „Freiheit“. Nicht zuletzt ist der zweite Antwortbrief der SPD an das Zentralkomitee der SED ein Beweis für diese Feststellung.

Wir wollen uns mit einem speziellen Anwendungsbereich, dem Wissenschafts- und Forschungssektor, beschäftigen. Gerade hier wird so oft von der „Freiheit der Forschung“, der „wissenschaftlichen Selbstverwaltung“ u. ä. gesprochen. In dem im Bundestag Anfang vergangenen Jahres vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung vorgelegten Bundesbericht Forschung I heißt es zum Beispiel:

„Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes

zuzugewähren ist die ‚Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre‘. Ähnliche Garantien finden sich auch in Länderverfassungen. Der Staat hat bei allen Maßnahmen – gleichgültig, ob es sich um Akte der Gesetzgebung, der Verwaltung oder der Rechtsprechung handelt – diese vom Grundgesetz gewährleistete Freiheitsphäre zu respektieren.“

Freiheit der Forschung heißt doch aber, Entscheidungsfreiheit des Wissenschaftlers über die im Rahmen der gesellschaftlichen Erfordernisse zu wählende Thematik, zu beschreibende Lösungswege und Anwendungsformen der Ergebnisse. Zu untersuchen ist also, ob der westdeutsche Wissenschaftler einen solchen Einfluß auf seine Forschungsrichtung und -ergebnisse hat.

Wir können hierauf eindeutig antworten:

Diese Freiheit hat es nie gegeben, und vornehmlich die westdeutsche Gegenwart ist dadurch gekennzeichnet, daß einige sich aus der wissenschaftlichen Arbeit und klassenmäßigen Einsüssen ergebenden und bisher zugestandenen Möglichkeiten systematisch eingeschränkt werden.

Immerhin müßte die staatlich sanktionierte „Freiheit der Forschung“ zumindest noch bei der staatlichen Förderung, den Haushaltsplänen, der Einflußnahme über die Kultusministerien, bei der Handhabung und Ausarbeitung von Hochschulverfassungen respektiert werden.

Westdeutsche Verfassungswirklichkeit und Praxis klaffen aber bereits so weit auseinander, daß sie gegenwärtig in Westdeutschland viel diskutierte Probleme sind. Charakteristisch für die gegenwärtige Lage ist, daß selbst solche Organe wie der Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die fest im staatsmonopolistischen Leitungssystem der Wissenschaftsorganisation verankert sind, zur Beruhigung ihrer Mitglieder einige Praktiken des Bundes und der Länder anpreisen.

Wir erinnern zum Beispiel an das Gutachten der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Hochschulausbau vom Januar dieses Jahres. Es wurde bekanntlich auch als sogenannte „Negativliste“, vom Wissenschaftsrat unterstützt, von einigen westdeutschen Zeitungen publiziert. Es wurde deutlich, daß mit der gegenwärtigen Wissenschaftsfinanzierung die Entwicklung einiger Disziplinen auf das schwerste gefährdet wird. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Rektor der Hamburger Universität

Prof. Dr. E. Sieverts, forderte einen jährlichen Investitionsaufwand von zwei Milliarden DM und betonte, daß bei dem gegenwärtigen westdeutschen Bruttosozialprodukt dies keine astronomischen Summen für eine so bedeutsame Zukunftsinvestition seien. Der Eigengesetzlichkeit von Forschung und Lehre müsse mehr Rechnung getragen werden. Aus unseren Forschungen ergibt sich, daß die Krise einiger westdeutscher Universitäten noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht hat und deshalb noch mit weiteren Einschränkungen der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre zu rechnen ist.

Wir übersehen keineswegs, daß bei militärisch und ökonomisch interessanten Forschungsbereichen in den letzten

Jahren bedeutende Summen im Hochschulwesen investiert wurden. Aber auch dort ist eben die Freiheit der Wissenschaft eingegrenzt, da die Investitionssumme mit dem Preis des politischen und militärischen Mißbrauchs der Forschungsergebnisse erkauft wurde.

Immerhin schrieb schon der Wissenschaftsrat in seinen ersten Empfehlungen zum Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen in Westdeutschland:

„Es wächst die Gefahr, wissenschaftliche Arbeiten fremden Zwecken zu unterwerfen.“

Wie aus gleicher Quelle hervorgeht, sind damit die Interessen der Monopole und der Militärs gemeint. Fragen wir nach den

Ursachen und Methoden zur Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft

Als Ursache für den Widerspruch zwischen der auch im Forschungsbericht betonten Freiheit der Wissenschaft und ihrer praktischen Einschränkungen müssen wir den Grundwiderspruch der kapitalistischen Ordnung und seine Widerspiegelung im Wissenschaftsgrad der Wissenschaftler bzw. der wissenschaftlichen Arbeit veranlagt die demokratische Mitbestimmung und Kontrolle bei der Themenfindung, Bearbeitung und Verwertung. Die privatkapitalistische Aneignung beschränkt jedoch die wissenschaftlichen Aktivitäten auf monopolistische Profitinteressen. Besonders zeigen die Ingenieur- und Naturwissenschaften, wie das Kapital und seine Selbstverwertung Ausgangs- und Endpunkt, Motiv und Zweck in einem sind. Mit der Phrase von der Freiheit der Wissen-

schaft soll dies im Denken der Wissenschaftler überdeckt werden.

Im Gegensatz zur echten Freiheit der Forschung im Sozialismus ist nicht die erweiterte Befriedigung der Erfordernisse der gesamten Gesellschaft, sondern die Kapitalverwertung Triebkraft für die Förderung von Wissenschaft und Technik. Unter den westdeutschen Bedingungen ist auch bei der immer stärker einsetzenden staatlichen Regulierung von Forschungsabschnitten hinsichtlich der Triebkräfte keine Veränderung festzustellen, sondern es handelt sich nach wie vor um die Erzeugung von Profit für einzelne im Rahmen verschleieter Prozesse.

Jedes beliebige Detail im westdeutschen Regulierungssystem des Hochschulwesens liefert hierfür mannigfaltige Beweise. Ausgenutzt werden ökonomische Mittel, politisch-ideologische

Kräfte und organisatorisch-administrative Organe. Eindeutig ist die Sachlage bei den Wissenschaftsprogrammen des Bundes, wie der Atomforschung, der Raumfahrt und der sogenannten „Verteidigungsforschung“. Bei der als Selbstverwaltung deklarierten Leitung und Kontrolle der Hochschulforschung und der „Max-Planck-Gesellschaft“ handelt es sich aber um den gleichen Prozeß. Betrachten wir zum Beispiel die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Nach ihrem Statut dient die DFG der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsaufgaben und durch Förderung der Zusammenarbeit unter den Forschern.

Fortsetzung folgt

Redaktionsschluß für die Nr. 18/66 ist am Freitag, dem 23. September 1966

Herausgeber: SED-Universitätsparteileitung des Technischen Universität Dresden, Redaktionskollektiv, Redaktion: 807 Dresden, Seimboltstraße 6, Telefon: 51041 483, HF 51 91 und 25 82. Verantwortl. Redakteur: Thomas Griebel, Redakteur: Hannelore Murawski. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU Bildstelle. PDs unverlangt eingesandte Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 52 beim Rat des Bezirkes Dresden. Satz und Druck: Grafischer Großbetrieb VEBKerndruckerei Dresden, Betriebszweig Julian-Grimm-Allee (III/9/288).